

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Brexit

EU räumt Großbritannien flexiblen Fristaufschub ein

Seite 3

IM FOKUS

EU-Finanzplanung

Oettinger kritisiert "Horrorzahlen"

Seite 4

EZB-Spitze

Lagarde folgt auf Draghi

Seite 5



EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici warnte, die europäische Wirtschaft stehe vor einer Phase hoher Unsicherheit.

Credit © European Union, 2019

JUSTIZREFORM IN POLEN

Kommission begrüßt EuGH-Urteil

Der Europäische Gerichtshof hat Teile der polnischen Justizreform verworfen. So sei die Herabsetzung des Pensionsalters für Richter nicht mit dem EU-Recht vereinbar, stellte der Gerichtshof fest. Die EU-Kommission begrüßte den Beschluss und stellte fest: „Dies ist ein wichtiges Urteil zur Unterstützung der Unabhängigkeit der Justiz in Polen und darüber hinaus sowie zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.“

Nach dem Vorhaben der polnischen Regierung sollten Richterinnen mit 60 Jahren in Pension gehen, Richter mit 65. Der Europäische Gerichtshof hatte zuvor bereits die Reform des höchsten polnischen Gerichts verworfen. In beiden Fällen hatte die EU-Kommission dagegen vor dem EuGH geklagt.

Die Erklärung der Kommission

WIRTSCHAFTSAUSBLICK

Europa geht schwierigeren Zeiten entgegen

In ihrer Herbstprognose rechnet die EU-Kommission für die kommenden beiden Jahre mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Eurozone von je 1,2 Prozent. Im laufenden Jahr soll die Wirtschaft im Euroraum um 1,1 Prozent zulegen.

„Der Prognose zufolge sollen die Volkswirtschaften in der EU trotz zunehmenden Gegenwinds weiter wachsen“, sagte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici bei der Vorstellung der wirtschaftlichen Vorausschau in Brüssel und fügte hinzu: „Doch dürfen wir uns angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen nicht auf dem Erreichten ausruhen.“

Insgesamt legt die Wirtschaft in der Europäischen Union im Jahr 2020 um 1,4 Prozent zu, auch im Jahr 2021 rechnet die Kommission mit einem Wachstum von 1,4 Prozent. Die Arbeitsmärkte bleiben robust und die Arbeitslosigkeit geht im Euroraum voraussichtlich weiter zurück von 7,6 Prozent in diesem Jahr auf 7,4 Prozent im Jahr 2020 und 7,3 Prozent im Jahr 2021. Die Inflati-

on verharrt auf einem niedrigen Niveau. Die EU-Kommission rechnet für dieses und nächstes Jahr mit einer Inflationsrate von 1,2 Prozent. „Das gibt Raum für die Geldpolitik. Aber das ist hier nicht der Ort, um darüber zu befinden“, sagte Moscovici.

Moscovici verwies vor Journalisten in Brüssel auf ein „schwieriges äußeres Umfeld“ für die europäische Wirtschaft wie mögliche Handelskonflikte, ein sich abschwächendes Wachstum in China, geopolitische Risiken und die weiterhin bestehende Gefahr eines ungeordneten Brexit. „Die europäische Wirtschaft steht vor einer Phase hoher Unsicherheit“, warnte Moscovici. Man werde „alle politischen Hebel nutzen müssen, um Europa widerstandsfähiger zu machen“, so der EU-Kommissar. „Wir müssen auf alle Szenarien vorbereitet sein.“

>>

“ Angesichts des herausfordernden Weges vor uns besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit. ”

Pierre Moscovici, EU-Wirtschaftskommissar

>> Gedämpftes Wachstum für Deutschland

Für Deutschland rechnet die EU-Kommission in den kommenden beiden Jahren mit einem Wachstum von je 1,0 Prozent, in diesem Jahr soll das Bruttoinlandsprodukt hierzulande um 0,4 Prozent zulegen. Nach einer technischen Rezession zur Mitte dieses Jahres stehe Deutschland in den kommenden beiden Jahren vor einem „gedämpften Wachstum“, sagte Moscovici. Dennoch erwartet die EU-Kommission für Deutschland einen weiterhin stabilen Arbeitsmarkt, getrieben vor allem vom privaten Konsum.

Die Ursachen für das moderate Wachstum sieht die EU-Kommission nach neun Jahren Aufschwung hierzulande „weitgehend zyklisch“ begründet. Hin-

zu kommt ein „sich verschlechterndes äußeres Umfeld“, das die auf Exporte orientierte deutsche Wirtschaft besonders belastet. Doch führt die EU-Kommission auch „strukturellen Gegenwind“ an, etwa den schwächelnden Automobilsektor. „Der Übergang zu alternativen Antriebstechniken, insbesondere Elektroautos, wird voraussichtlich über den Zeitraum der diesjährigen Prognose andauern“, erklärte Moscovici. Zurückhaltend bewertete er das Konjunkturprogramm der Bundesregierung. „Das Klimapakete enthält eine Reihe von Maßnahmen, die geeignet sind, private und öffentliche Investitionen zu fördern“, sagte Moscovici, auch wenn der makroökonomische Effekt gering ausfallen werde.

Angesichts des moderaten Wachstums rechnet die EU-Kommission für Deutschland mit einem sinkenden Haushaltsüberschuss. Lobend hob Moscovici Portugal und Griechenland hervor, die nach den Prognosen der Kommission einen ausgeglicheneren Haushalt vorlegen werden. (pr) >|

■ Die Herbstprognose auf einen Blick

EU-HERBSTPROGNOSE 2019

	>BIP			>Haushaltssaldo			>Gesamtverschuldung		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
BE	1,1	1,0	1,0	-17	-2,3	-2,6	99,5	99,6	100,0
DE	0,4	1,0	1,0	1,2	0,6	0,2	59,2	56,8	55,0
EE	3,2	2,1	2,4	-0,2	-0,2	-0,2	8,7	8,4	8,2
IE	5,6	3,5	3,2	0,2	0,3	0,6	59,0	53,9	52,6
GR	1,8	2,3	2,0	1,3	1,0	1,1	175,2	169,3	163,1
ES	1,9	1,5	1,4	-2,3	-2,2	-2,1	96,7	96,6	96,0
FR	1,3	1,3	1,2	-3,1	-2,2	-2,2	98,9	98,9	99,2
IT	0,1	0,4	0,7	-2,2	-2,3	-2,7	136,2	136,8	137,4
CY	2,9	2,6	2,3	3,7	2,6	2,4	93,8	87,8	81,8
LV	2,5	2,6	2,7	-0,6	-0,6	-0,6	36,0	35,2	32,9
LT	3,8	2,4	2,4	0,0	0,0	0,0	36,3	35,1	34,8
LU	2,6	2,6	2,6	2,3	1,4	1,4	19,6	19,2	18,6
MT	5,0	4,2	3,8	1,2	1,0	1,0	43,3	41,0	38,7
NL	1,7	1,3	1,3	1,5	0,5	0,4	48,9	47,1	45,6
AT	1,5	1,4	1,4	0,4	0,2	0,4	69,9	67,2	64,6
PT	2,0	1,7	1,7	-0,1	0,0	0,6	119,5	117,1	113,7
SI	2,6	2,7	2,7	0,5	0,5	0,6	66,7	63,1	59,5
SK	2,7	2,6	2,7	-0,9	-1,2	-1,3	48,1	47,3	46,9
FI	1,4	1,0	1,0	-1,1	-1,4	-1,6	59,2	59,3	59,8
Euro-Zone	1,1	1,2	1,2	-0,8	-0,9	-1,0	86,4	85,1	84,1
EU	1,4	1,4	1,4	-0,9	-1,1	-1,2	80,6	79,4	78,4

Haushaltssaldo und Gesamtverschuldung in Prozent des BIP; BIP = Jährliche prozentuale Veränderung
Quelle: Europäische Kommission

BREXIT

EU räumt Großbritannien flexiblen Fristaufschub ein

Die EU-Staaten gewähren dem Vereinigten Königreich für den Brexit einen flexiblen Aufschub bis maximal 31. Januar 2020. In Großbritannien werden nun Anfang Dezember vorgezogene Neuwahlen abgehalten. „Je früher das Unterhaus den jetzt ausgehandelten Vertrag bestätigt, umso besser“, erklärte Michel Barnier, der EU-Chefunterhändler für die Austrittsgespräche.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte sich im Oktober mit dem britischen Regierungschef Boris Johnson auf ein überarbeitetes Austrittsabkommen verständigt. Demnach erfüllt Großbritannien bis Ende 2020 weiterhin alle EU-Standards. In der Zwischenzeit soll ein Abkommen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien erzielt werden. Die Leitung wurde in Abstimmung mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dem bisherigen Brexit-Chefunterhändler

Barnier übertragen. „Wir müssen Prioritäten setzen. Das sind für uns vor allem die künftigen Handelsbeziehungen und Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit“, kündigte Barnier an. Der nun gewährte flexible Fristaufschub der EU sieht vor, dass der Austritt auch früher erfolgen kann, falls das Austrittsabkommen vorher ratifiziert wird.

■ *Brexit-Verhandlungen*

RUSSLAND/UKRAINE

Šefčovič mahnt zu Eile in Gasgesprächen

Bei den Gasgesprächen zwischen Russland und der Ukraine drängt der für Energiefragen zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Maroš Šefčovič, zur Eile. „Meine Kernbotschaft während unseres Treffens war: Uns läuft die Zeit davon“, mahnte Šefčovič nach Abschluss der vierten Verhandlungsrunde in Brüssel. Das Transitabkommen zwischen Russland und der Ukraine läuft Ende 2019 aus.

Schon Anfang 2020 könnten Gaslieferungen über die neue Ostseepipeline Nord Stream 2 direkt von Russland nach Deutschland und Westeuropa erfolgen, nachdem Dänemark seine Bedenken gegen den Bau aufgegeben hat. Auch deshalb mahnte Šefčovič eine rasche Einigung an. Für Ende November kündigte er eine weitere Verhandlungsrunde in Brüssel an.

■ *Die Erklärung von Vizepräsident Maroš Šefčovič*

EU FINANZIERT INTERNET-HOTSPOTS

Wifi für mehr als 140 deutsche Gemeinden

Von Aichach in Bayern bis Zörbig in Sachsen-Anhalt: In 142 Gemeinden in Deutschland finanziert die EU kostenlose Internet-Hotspots. Bei dem dritten Aufruf der EU-Kommission für kostenlose Wifi-Hotspots haben sich im September 2019 EU-weit rund 11.000 Gemeinden aus der ganzen EU beworben. Die EU-Kommission fördert Hotspots in 1.700 Gemeinden mit je 15.000 Euro, davon 142 in Deutschland. In den ersten beiden Runden hatte die EU-Kommission rund 9.600 Kommunen mit 93 Mio. Euro gefördert, dabei konnten rund 720 Gemeinden in Deutschland von der EU-Förderung für Internet-Hotspots profitieren.

Die nächste WiFi4EU-Aufforderung wird vor Ende 2020 veröffentlicht. Die Kommission wählt die Kommunen nach dem Prinzip „first-come, first-served“ aus und sorgt gleichzeitig für ein ausgewogenes geografisches Gleichgewicht.

■ *WiFi4EU*

AUSZEICHNUNG

Uigurischer Menschenrechtler Ilham Tohti erhält Sacharow-Preis

Der Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments 2019 geht an den uigurischen Menschenrechtler und Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti. Das gab der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, bekannt. Tohti hat sein Leben dem Einsatz für die Rechte der uigurischen Minderheit in China gewidmet. Er wirbt für den Dialog und tritt für die Umsetzung der Gesetze für regionale Autonomie in China ein. Obwohl er eine Stimme der Mäßigung und Versöhnung war, wurde er nach einem Schauprozess im Jahr 2014 zu lebenslanger Haft verurteilt.

„Mit der Verleihung dieses Preises fordern wir die chinesische Regierung nachdrücklich auf, Tohti freizulassen und wir fordern die Achtung der Minderheitenrechte in China“, sagte Präsident Sassoli nach der Entscheidung. Der Preis wird am 18. Dezember in Straßburg verliehen.

■ *Website des Sacharow-Preises*

EU-FINANZPLANUNG

Oettinger kritisiert Falschmeldungen über Horrorzahlen

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger hat Medienberichte zurückgewiesen, wonach der deutsche Beitrag für den EU-Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2027 überproportional ansteigt. Von „Horrorzahlen“ sprach Oettinger und nannte kursierende Berichte von einem deutschen Nettobeitrag im Jahr 2027 von 30 bis 33 Mrd. Euro „schlichtweg falsch“.

> „Nach unseren Berechnungen wird Deutschlands jährlicher Nettobeitrag 2021 bei 18,1 Mrd. Euro liegen, im Jahr 2027 bei 23,5 Mrd. Euro“, stellte Oettinger klar und ergänzte, diese Zahlen seien mit dem Bundesfinanzministerium abgestimmt.

Die Mitgliedstaaten wollen auf ihrem Gipfel im Dezember über den mehrjährigen Finanzrahmen verhandeln. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollen im Zeitraum von 2021 bis 2027 aus dem EU-Haushalt 1,279 Billionen Euro bereitgestellt werden, das entspricht 1,114 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der 27 Mitgliedstaaten. Länder wie Deutschland und die Niederlande beharren darauf, den Haushalt auf 1,0 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft zu begrenzen.

Anders als die nationalen Haushalte erstreckt sich der Finanzrahmen der EU aber über einen Zeitraum von sieben Jahren. Der lange Zeitraum ist notwendig, um eine dauerhafte Finanzierung von EU-Förderprojekten sicherzustellen.

Der Anstieg des EU-Haushalts ist zum größten Teil auf die Inflation und das Realwachstum zurückzuführen – wie auch bei den nationalen Haushalten. Ungefähr ein Achtel des Anstiegs ist dem Brexit geschuldet. Nur etwa 25 Prozent des Anstiegs ha-

ben ihren Grund in den vorgeschlagenen höheren Aufwendungen für Forschung, Digitalisierung, Klimaschutz, Migration, Verteidigung und andere vorrangige Politikbereiche.

Gert-Jan Koopman, Generaldirektor Finanzplanung und Haushalt der EU-Kommission, erläuterte die neue Finanzplanung. So zahlen fünf EU-Staaten – Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden – 2020 bezogen auf ihre jährliche Wirtschaftskraft 0,70 Prozent ihres BNE in den EU-Haushalt ein. Das liegt unter dem EU-Durchschnitt von 0,85 Prozent. 2027 wird der relative Anteil dieser fünf Länder bei 0,91 Prozent des BNE liegen, leicht über dem EU-Durchschnitt von 0,90 Prozent. Gleichzeitig zählen diese fünf Länder zu den EU-Staaten mit dem relativ höchsten Wohlstand und kommen auch in den Genuss eines Rabatts auf ihre EU-Zahlungen. Diese sollen in den kommenden fünf Jahren schrittweise auslaufen.

Wie zuvor schon Oettinger wandte sich auch Koopman gegen eine Fixierung auf bloße Nettosalden. So könnten im kommenden Haushalt rund 40 Prozent der Ausgaben nicht mehr seriös einem Mitgliedstaat zugeordnet werden. „Die Nettosalden sind als Maßstab für Fairness absolut bedeutungslos“, so Koopman. So profitieren deutsche Unternehmen zum Beispiel von Investitionen aus EU-Strukturfonds in Polen. „Europa ist kein Nullsummenspiel“, stellte Koopman klar. (pr) >|

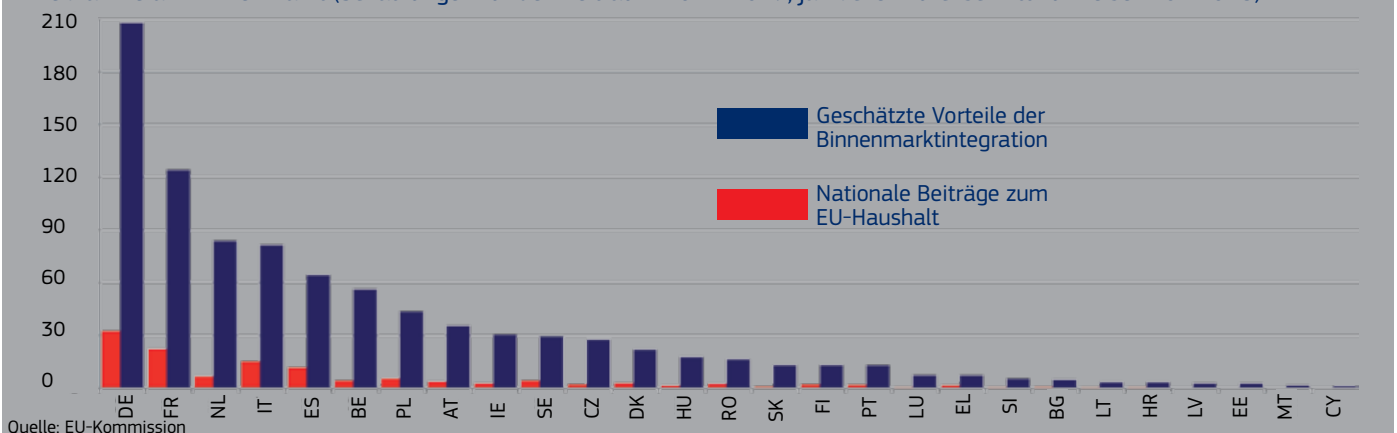
Die Zahlen zum neuen EU-Haushalt

Die neue Finanzplanung

- > 29,1 Prozent der EU-Ausgaben sollen ab 2021 noch in den Agrarsektor fließen. Der Anteil der Landwirtschaft, sinkt damit erstmals in der EU-Geschichte unter 30 Prozent.
- > 50 Prozent der durch den Brexit verminderten Beiträge sollen durch Einsparungen im EU-Agrarhaushalt und den EU-Strukturfonds kommen, die weiteren 50 Prozent durch anwachsende Mitgliedsbeiträge der EU-Staaten.
- > 79 Cent pro Tag würde die EU jeden EU-Bürger im Jahr 2027 kosten. Das sind 13 Cent mehr als im Jahr 2020.

Die Vorteile der Binnenmarktintegration

Beiträge zum EU-Haushalt in Mrd. Euro im Vergleich zur Steigerung des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten durch Teilnahme am Binnenmarkt (Schätzungen für den Zeitraum 2021-2027; jährlicher Durchschnitt zu Preisen von 2018)



EZB-SPITZE

Christine Lagarde folgt auf Mario Draghi

Die bisherige Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, hat am 1. November von Mario Draghi die Führung der Europäischen Zentralbank (EZB) übernommen. „Sie haben Europa einen großen Dienst erwiesen“, würdigte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Verdienste des scheidenden EZB-Präsidenten Draghi um die Gemeinschaftswährung Euro. „Er ist ein großer Notenbanker und ein entschlossener Mann, der den Mut und die Autorität hat schwierige Entscheidungen zu treffen“, erklärte der für Währungsfragen zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Valdis Dombrovskis. Draghi stand acht Jahre lang an der Spitze der EZB.



© European Union, 2019 – Source: European Parliament

> Die Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main entscheidet über die Geldpolitik für die Eurozone und bestimmt unter anderem den Leitzinssatz. Mit seiner Ankündigung, „die EZB wird alles tun, um den Euro zu retten“ und dem Zusatz „und glauben Sie mir, es wird genug sein“ hatte Draghi im Juli 2012 die Gemeinschaftswährung Euro entscheidend stabilisiert. Die EZB hatte daraufhin ihr Programm zum Kauf von Staatsanleihen gestartet und eine Phase der Niedrigzinspolitik eingeleitet. Nacheinander konnten Spanien, Irland, Portugal, Zypern und zum Schluss auch Griechenland den Euro-Rettungsschirm verlassen.

Der EZB sei es durch Draghis Maßnahmen gelungen, Ruhe und Zuversicht zu verbreiten, lobte Juncker, der bis 2013 auch als Vorsitzender der Eurogruppe wirkte. Draghis Rolle als einer der „Retter des Euro“ werde bleiben, betonte Dombrovskis. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in einer Feierstunde zum Amtswechsel in Frankfurt am Main, Draghi habe „den Euro durch unruhige See navigiert“.

Draghi hatte zuvor in seiner letzten Pressekonferenz als EZB-Präsident festgestellt, dass eine „große Mehrheit“ im Zentralbankrat seine Politik unterstützte. Ratschläge an seine Nachfolgerin lehnte er ab. „Sie weiß sehr wohl, was zu tun ist“, sagte Draghi zurückhaltend.

Der scheidende EZB-Präsident überreichte Lagarde zur Amtsübergabe eine kleine Glocke zur Leitung der Sitzung des Zentralbankrats. Er fügte aber hinzu: „Ich habe sie nie benutzt.“

Die EZB habe immer im Rahmen ihres Mandats gehandelt, hob Draghi zum Abschied hervor. Kritiker hatten in Draghis Politik eine unerlaubte Staatsfinanzierung gesehen. Auch das Bundesverfassungsgericht hatte die Anleihenkäufe gebilligt.

Lagarde betont eigenen Stil

Christine Lagarde ist die erste Frau an der Spitze der EZB. „Draghi hatte seinen eigenen Stil. Ich habe meinen Stil“, pochte die neue EZB-Präsidentin auf Unabhängigkeit.

“ Wir müssen die negativen Folgen und Nebeneffekte im Blick behalten. ”

Christine Lagarde

In ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament hatte Lagarde deutlich gemacht, dass die quantitative Lockerung der EZB zwar einige negative Auswirkungen gehabt habe, ihre Gesamtergebnisse jedoch positiv seien und dass sie eine solche Geldpolitik der EZB für absehbare Zeit für nötig hält. Sie hatte aber hinzugefügt: „Wir müssen die negativen Folgen und Nebeneffekte im Blick behalten.“

Lagarde war von 2007 bis 2011 Finanzministerin Frankreichs, ehe sie 2011 als geschäftsführende Direktorin zum Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Washington wechselte. An der Spitze des IWF folgt ihr die frühere EU-Kommissarin Kristalina Georgieva nach, die zuletzt bei der Weltbank tätig war. (pr)

>|

■ Draghis Schlussstatement an der Spitze der EZB

Christine Lagarde ist die erste Frau an der Spitze der EZB.

EIN JAHR VERHALTENSKODEX GEGEN DESINFORMATION

Google, Facebook und Twitter müssen noch mehr gegen Desinformation tun

Facebook, Google, Microsoft, Mozilla, Twitter und sieben europäische Branchenverbände, die den Verhaltenskodex gegen Desinformation unterzeichnet haben, machen unterschiedliche Fortschritte bei ihrem Kampf gegen Desinformation. Die Kommission kommt nach Auswertung der ersten jährlichen Selbstbewertungsberichte der Unterzeichner des Verhaltenskodex zu dem Ergebnis, dass die Berichte nur wenig Aufschluss geben, wie sich die Selbstregulierung tatsächlich auswirkt und wie sie unabhängig kontrolliert werden kann.



© Stanislaw Mikulski / Shutterstock.com

Die EU-Kommission begrüßt das Engagement der Onlineplattformen, ihre Regeln offener zu legen.

Vestager begrüßt europäische Cloud

Die EU-Kommission begrüßt die Initiative von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier für ein europäisches Cloudnetzwerk Gaia-X. „Wir müssen kleine und größere Cloud-Dienstleistungen verbinden und verknüpfen. Das Vorbild ist Airbus“, erklärte die designierte Vizepräsidentin der EU-Kommission für Digitalwirtschaft, Margrethe Vestager, auf dem Digitalgipfel in Dortmund. Das Cloudnetzwerk soll die Abhängigkeit europäischer Nutzer und Unternehmen von den großen US-Konzernen reduzieren und die Datensouveränität stärken.

> Die Online-Plattformen müssten ihre Maßnahmen transparenter gestalten und enger mit Forschern, Faktenprüfern und Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, erklärten die EU-Kommissarin für Justiz, Věra Jourová, der Kommissar für Sicherheit, Julian King, sowie die Kommissarin für Digitalwirtschaft, Mariya Gabriel, in einer gemeinsamen Stellungnahme zum ersten Selbstbewertungsbericht der Onlineplattformen. Zugleich stellte der Bericht der EU-Kommission fest, dass das gemeinsame Vorgehen von Kommission und EU-Staaten vor den Europawahlen im Mai weniger Raum für die Beeinflussung durch Fehlinformationen geboten habe.

Die EU-Kommission begrüßt das Engagement der Onlineplattformen, ihre Regeln offener zu legen und enger mit Wissenschaftlern, Faktencheckern und Mitgliedstaaten zu arbeiten, nennt aber auch Mängel. Dazu gehört, dass z.B. Daten und Suchwerkzeuge Forschern nach wie vor nur sporadisch und nach Belieben bereitgestellt werden. Die Kohärenz und die Detailtiefe der Informationen schwankt. Die bereitgestellten Daten beziehen sich hauptsächlich auf Outputindikatoren, z.B. die Anzahl der gesperrten Konten. Weiterhin

sei automatisierte Propaganda und Desinformation ein Problem.

Kommission prüft rechtliche Schritte

Bis Anfang 2020 will die Kommission die Ergebnisse des freiwilligen Verhaltenskodex für den Bereich der Desinformation umfassend bewerten und über weitere Schritte, möglicherweise auch rechtliche Maßnahmen entscheiden. Der freiwillige Verhaltenskodex wurde im Rahmen der Selbstregulierung im Oktober 2018 eingeführt und ist ein wichtiger Pfeiler des Aktionsplans gegen Desinformation. Unterzeichner wie Google, Facebook, Twitter, Microsoft und Mozilla verpflichteten sich dabei unter anderem, die EU-Kommission regelmäßig über ihre Maßnahmen gegen die Verbreitung von Fake News im Internet zu unterrichten.

Laut Beschluss des Europäischen Rates vom März 2015 wurde eine Task Force im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) eingerichtet, um anhaltenden Desinformationskampagnen, etwa aus Russland, entgegenzuwirken.

Auch wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sicher nicht frei von Desinformation gewesen seien, hätten die Maßnahmen und die monatliche Berichterstattung im Vorfeld der Wahlen dazu beigetragen, „Einmischungen weniger Raum zu lassen, die Integrität der Dienste zu verbessern, wirtschaftliche Anreize für Desinformation abzuschwächen und für mehr Transparenz in der politischen und themenbezogenen Werbung zu sorgen“, bilanzierte die Kommission in ihrer Stellungnahme. „Dennoch gibt es nach wie vor eine umfangreiche automatisierte Propaganda und Desinformation, und in allen Bereichen des Kodex sind weitere Anstrengungen erforderlich“, mahnte die EU-Kommission.

Zugleich rief die Kommission weitere Unternehmen auf, sich dem Verhaltenskodex gegen Desinformation anzuschließen. Der Kurznachrichtendienst Twitter teilte inzwischen mit, ab 22. November keine politische Werbung mehr zu verbreiten. Zugleich forderte der Konzern Mitbewerber wie Google und Facebook auf, sich der Initiative anzuschließen. (pr) >|

■ Verhaltenskodex gegen Desinformation

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 11.11.2019 19.00–21.00 Uhr	„Handel im Wandel – Aktueller Stand der Handelsbeziehungen der USA mit der EU“ 3. Saarbrücker Europa-Runde Veranstalter: ASKO EUROPA-STIFTUNG	IHK Saarland Franz-Josef-Röder-Straße 9 66119 Saarbrücken	www.asko-europa-stiftung.de/
> 12.11.2019 18.00 Uhr	„Europa ist groß(Region)“ Grenzüberschreitender Bürgerdialog Veranstalter: Informationszentrum Europe Direct Saarbrücken	Saarrondo Europaallee 4a 66113 Saarbrücken	www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/veranstaltungenkalender
> 12.11.2019 19.00–21.00 Uhr	„Die EZB – Ihre Aufgaben und Funktionsweise“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Info-Point Europa	Buchhandlung boysen+mauke Große Johannisstraße 19 20457 Hamburg	www.infopoint-europa.de/veranstaltungen/eigene/die-ezb-ihre-aufgaben-und-funktionsweise
> 13.11.2019 10.00–17.00 Uhr	„Stairway to Europe – Erasmus+ is calling!“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Nds. Landesschulbehörde Osnabrück	Kath. Akademie Cloppenburg-Stapelfeld Stapelfelder Kirchstraße 4 -6 49661 Cloppenburg	www.europatermine.de
> 13.11.2019 19.00–20.30 Uhr	„Afrika im Fokus der Weltmächte“ Vortrag Veranstalter: EIZ Rostock	Haus Europa Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.europatermine.de
> 15.11.2019 10.00–16.30 Uhr	„Kommunen sagen Ja zu Europa“ Forum für Austausch, Begegnung und Vernetzung 2019 Veranstalter: Regionalverband Ruhr (RVR)	Regionalverband Ruhr Kronprinzenstraße 35 45128 Essen	www.kontaktstelle-efbb.de/fileadmin/user_upload/4_infos-service/veranstaltungen/EU_Einladung_Public-Forum-EU-Ruhr_RZ-web.pdf
> 15.11.2019 18.00–19.30 Uhr	„Italien zwischen Überdruß und Überschwang – Ein Land auf dem Weg zu sich selbst und seiner Rolle in Europa“ Vortrag Veranstalter: Europa-Union Bonn/Rhein-Sieg	Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 53111 Bonn	www.bonn-rhein-sieg.europa-union.de/termine/
> 16.11.2019 11.00–17.00 Uhr	„Die Klima- und Energiepolitik der EU“ Berlaymont-Seminar Veranstalter: Junge Europäische Föderalisten Hessen	Saalbau Gutleut Rottweiler Straße 32 Frankfurt am Main	www.jef-hessen.de/events/teamer-seminar-16-11-2019/
> 18.11.2019 18.00–20.00 Uhr	„Soziales Europa im Gespräch: Was bewegt Europa?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Haus der katholischen Kirche Stuttgart Königstraße 7 70173 Stuttgart	www.europe-direct-stuttgart.de/
> 19.11.2019 18.00 Uhr	„The Living-Instruments Doctrine: Helping the European Convention on Human Rights to meet new challenges“ Humboldt-Rede zu Europa mit Linos-Alexander Sicilianos Veranstalter: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht	Hauptgebäude der Humboldt-Universität zu Berlin Unter den Linden 6 10117 Berlin	www.stiftungzukunftberlin.eu/veranstaltungen/einzelsicht/detail/news/humboldt-rede-zu-europa-mit-linos-alexandre-sicilianos/
> 19.11.2019 18.00–19.30 Uhr	„Die EU-Ratspräsidentschaft Finnlands“ Vortrag Veranstalter: EIZ Rostock	Haus Europa Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.europatermine.de

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

KREATIVES EUROPA – MEDIA

Ausschreibung für Europäische Kooperationsprojekte

Seit Oktober sind die neuen Ausschreibungsunterlagen für europäische Kooperationsprojekte im Rahmen des Programms Kreatives Europa verfügbar. Insgesamt stehen für diese Ausschreibung



**Creative
Europe
MEDIA**

48,4 Mio. Euro zur Verfügung. Gefördert werden grenzüberschreitende Kooperationen zwischen europäischen Akteuren und Akteurinnen aller Kultur- und Kreativsektoren, für die mindestens drei Einrichtungen aus drei am Programm teilnahmeberechtigten Ländern zusammen kommen.

Die Kooperationsprojekte sollen dazu beitragen, die europäische Kultur- und Kreativbranche international handlungsfähig zu machen, die internationale Mobilität von Akteuren aus dem Sektor zu fördern, die grenzüberschreitende Verbreitung kultureller Werke zu unterstützen, neue Publikumsschichten anzusprechen und neue Geschäftsmodelle sowie die Nutzung digitaler Technologien zu erproben. Die Einsendefrist endet am 27. November.

■ [Weitere Informationen zur Ausschreibung](#)

EU-WEITER WETTBEWERB

Neuer Preis für EU-Wissensvermittlung in Schulen

Die Kommission hat den Startschuss für einen neuen EU-weiten Wettbewerb gegeben. Mit dem Jan-Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die Europäische Union sollen Sekundarschulen ausgezeichnet werden, die ihren Schülern auf besonders interessante Weise Wissen über die Europäische Union vermitteln.



Der Preis soll EU-weit für mehr Anerkennung und Sichtbarkeit dieser Bildungsarbeit in den einzelnen Mitgliedstaaten sorgen und die Bedeutung der Vermittlung und des Erwerbs von EU-Wissen bereits in jungem Alter hervorheben. Dabei sollen innovative Lehrmethoden vorgestellt und verbreitet werden. Die Anmeldefrist endet am 6. Februar 2020.

■ [Teilnahme und Anmeldeunterlagen](#)

PROJEKTE ZUM JUBILÄUM

30 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs

Friedliche Revolution und Deutsche Einheit jähren sich 2019 und 2020 zum dreißigsten Mal. Die Jahrestage sollen als ein ganz Deutschland einendes Jubiläum gefeiert werden. Die Kommunikationskampagne der Bundesregierung „Deutschland ist eins: vieles“ beinhaltet Bürgerdialoge und Veranstaltungen, die sich bis zum Tag der deutschen Einheit in 2020 erstrecken. Herzstück sind Bürgerbegegnungen und -dialoge zwischen ost- und westdeutschen Partnerstädten. ■ [Weitere Informationen zur Kampagne](#)

Gut 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs widmet sich das neue Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung „Wir haben uns auf den Weg gemacht“ einer Reise auf der längsten umsteigefreien Eisenbahnstrecke innerhalb der EU: 13 Stunden, 44 Minuten fährt man mit dem Eurocity 173 durch vier Länder der Europäischen Union. Wie tickt Europa auf dieser Strecke, einer Reise vom Westen in den Osten, aber auch vom Norden in den Süden? ■ [Link zum Magazin](#)



LUX-FILMTAGE

Die Finalisten des diesjährigen Filmpreises

Drei europäische Kinofilme wurden für den diesjährigen LUX-Filmpreis des Europäischen Parlaments nominiert: „The Realm“, „Wer tötete Dag Hammarskjöld?“ sowie „Gott existiert, ihr Name ist Petrunya“. Ein Thriller über Macht und Korruption, ein politischer Krimi und die Geschichte einer Antiheldin, die patriarchale Traditionen in Frage stellt. Bei den LUX-Filmtagen in verschiedenen deutschen Städten werden die Filme nacheinander mit deutschen Untertiteln gezeigt, u.a. am 14. November in Düsseldorf und am 24. November in München.

Der LUX-Filmpreis, der jedes Jahr vom Europäischen Parlament vergeben wird, hilft europäischen Produktionen, Bekanntheit außerhalb nationaler Grenzen zu erlangen und besser mit amerikanischen Blockbustern konkurrieren zu können. Die drei Finalistenfilme werden in allen 24 EU-Amtssprachen untertitelt. Die Preisverleihung findet am 27. November in Straßburg statt.

■ [Zur Anmeldung für die LUX-Filmtage](#)